

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

3. November, Leipzig, Marriott Hotel



Gegenstand:

Bildungsfinanzierung

Antragsteller:

LAG Bildung; LAG Hochschule und Wissenschaft

B-1

Bemerkungen:

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

- 1 **Grünes Licht für eine vorsorgende Bildungspolitik - Erreichtes sichern, Unterfinanzierung**
- 2 **beenden, nachhaltig haushalten**
- 3 Gute Bildung ist das Fundament für individuelle Entfaltung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und
- 4 wirtschaftliche Entwicklung. Ziel grüner Bildungspolitik ist es, beste Bildungschancen zu sichern:
- 5 unabhängig von Einkommen, Bildungsnähe oder Herkunft. Für eine erfolgreiche Bildungspolitik
- 6 werden wir die richtigen strukturellen Weichenstellungen schaffen, damit sich Schülerinnen und
- 7 Schüler, Studierende, wissenschaftlicher Nachwuchs und alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen
- 8 lebenslangen Lernens entfalten können und das Engagement von Eltern und Lehrenden zum
- 9 Tragen kommen kann. In grünen Regierungsbeteiligungen wie in der Opposition haben wir
- 10 Gru• ne nicht nur für strukturelle Veränderung und mehr Bildungsgerechtigkeit, sondern auch für
- 11 eine bessere Bildungsfinanzierung als deren Grundlage gekämpft.
- 12 Als Bildungspartei steht für uns Bildung im Mittelpunkt einer zukunftsorientierten gru• nen Politik,
- 13 die soziale und ökonomische Probleme lösen und mit Bildung die Grundlagen für eine
- 14 demokratische und ökologische Erneuerung der Gesellschaft legen wird. Bildung besitzt deshalb
- 15 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Priorität im Wahlkampf und im möglichen Regierungshandeln ab
- 16 2014 in Sachsen. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Versagens der schwarz-gelben Koalition
- 17 erwarten die Menschen in Sachsen tiefgreifende bildungspolitische Fortschritte, denen wir gerecht
- 18 werden.

19 ***Grüne Bildungspolitik sorgt vor - für sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit***
20 ***und nachhaltiges Haushalten***

21 Gute Bildung ist die Voraussetzung für individuelle Entfaltung und ein erfülltes Leben, weil sie
22 Lernerfahrungen und damit Perspektiven zur Persönlichkeitsentwicklung eröffnet. Dagegen engen
23 schlechte Bildungschancen oder mangelnde Grundbildung individuelle Freiheit und
24 Teilhabemöglichkeiten ein. Wem kognitive und soziale Basiskompetenzen und Grundfertigkeiten
25 wie Mathematik, Lesen und Schreiben fehlen, hat weniger Chancen auf die Verwirklichung seiner
26 Lebenswünsche sowie die Durchsetzung seiner politischen Interessen. Ohne bessere Bildung
27 bleibt die demokratische Bürgergesellschaft eine Angelegenheit der bildungsnahen Schichten.

28 Die Teilhabe an guter Bildung ist aber auch eine wesentliche Gerechtigkeitsfrage. Ungerechte
29 Bildungspolitik und ein unzureichendes Bildungssystem spaltet unsere Gesellschaft in Gewinner
30 und Verlierer, in Arme und Reiche. Wer eine sozial gerechtere Gesellschaft verwirklichen will, muss
31 die Bekämpfung von Bildungsarmut stärker in den Blick nehmen und die Förderung von Kindern
32 aus einkommensschwachen und bildungsfernen Elternhäusern in den Mittelpunkt stellen.

33 Eine vorsorgende Bildungspolitik schafft soziale, kulturelle, ökonomische und politische Teilhabe,
34 erhöht Durchlässigkeit und Aufstiegsmobilität, fördert Integration und Inklusion. Bildung wird so
35 zur zentralen Säule einer befähigenden Sozialpolitik, die nicht nur die Folgen von Notlagen
36 nachsorgend behebt, sondern genauso darauf abzielt, soziale Exklusion gar nicht erst entstehen zu
37 lassen. Statt einseitig auf Transfers zu setzen oder Eltern mit ihrer Verantwortung allein zu lassen,
38 sorgt grüne Bildungspolitik für sozialen Zusammenhalt, in dem sie Bildungsinstitutionen stärkt und
39 Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht.

40 Aus der Kreativität der Schülerinnen, Schüler und Studierenden und des wissenschaftlichen
41 Nachwuchs von heute erwachsen die Innovationen von morgen. Wer gezielt in Bildung investiert,
42 regt neue Ideen, Kreativität, Erfindergeist und Innovationen an und generiert damit auch
43 gesamtökonomischen Nutzen. Die wissensbasierte Ökonomie stellt immer höhere
44 Qualifikationsansprüche. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des bereits
45 einsetzenden Fachkräftemangels müssen wir die hohe Anzahl von Schülerinnen und Schüler ohne
46 Abschluss reduzieren und die Abiturquote ebenso wie den Anteil der Hochschulabsolvierenden
47 deutlich erhöhen. Gute Bildung mit einem insgesamt höheren Bildungsniveau sorgt für die
48 wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes. Höhere öffentliche Investitionen in
49 Bildungsinfrastruktur und -qualität von den Kitas bis zur Weiterbildung sind damit auch im
50 originären Eigeninteresse der Wirtschaft. Die Wirtschaft ist damit eine weitere Partnerin für
51 Bildungsreformen und höhere Bildungsinvestitionen.

52 ***Status quo beenden – umsteuern für eine solide Bildungsfinanzierung***

53 Die unzureichenden Bildungsinvestitionen der letzten Jahre und Jahrzehnte sind längst spürbar.
54 Der Fachkräfte- und Akademikermangel, die vertiefte Spaltung auf dem Arbeitsmarkt, deutlich
55 geringere Steuereinnahmen als möglich und höhere Kosten bei der sozialen Sicherung sind direkte
56 Folge. Bereits jetzt werden die öffentlichen Haushalte aufgrund geringer Einkommenssteuern und
57 höherer Sozialleistungen im Umfang von 1,5 Mrd. Euro/Jahr durch die Folgen unzureichender
58 Bildung belastet. Bis 2050 droht allein Sachsen ein geringeres BIP im Umfang von 13 Mrd. Euro.
59 Höhere Bildungsinvestitionen zahlen sich deshalb doppelt aus. Sie reduzieren die sonst
60 anfallenden Folgekosten in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik erheblich. Gute
61 Bildung verringert das Risiko von Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität und hilft so spätere
62 Kosten zu vermeiden. Zugleich steigen mit den Erfolgen besserer Bildung die Chancen, zu den
63 wirtschaftlich starken Bundesländern aufzuschließen und somit zusätzliche Steuereinnahmen zu
64 generieren. Investitionen in Bildung liegen somit im Interesse einer nachhaltigen Haushaltspolitik.
65 Seit Jahren bescheinigt die OECD, dass Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur
66 unterdurchschnittlich in Bildung investiert. Vom 10%-Ziel (7% des BIP für Bildung, 3% für
67 Forschung und Entwicklung) sind wir weit entfernt. In Deutschland müssten pro Jahr rund 20
68 Milliarden Euro mehr und in Sachsen umgerechnet bis zu 1 Mrd. Euro mehr für Bildung
69 aufgewendet werden, um den OECD-Durchschnittswert zu erreichen. Dies markiert eine enorme
70 Bildungsinvestitionslucke, die endlich angegangen werden muss, auch wenn sie nicht in
71 wenigen Jahren geschlossen werden kann. Statt das 10%-Ziel ernst zu nehmen, hat die
72 Staatsregierung in den vergangenen Jahren das genaue Gegenteil getan und bei der Bildung
73 gekürzt. Trotz steigender Geburten, Schüler- und Studierendenzahlen werden die Kommunen bei
74 der Kita-Finanzierung allein gelassen und wird ein massiver Stellenabbau an Schulen und
75 Hochschulen forciert.
76 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Irrweg beenden und umsteuern für eine solide
77 Bildungsfinanzierung. Eine grüne Staatsregierung wird gemeinsam mit Bund und Ländern die
78 Weichen von Beginn an auf das schrittweise Erreichen des 10%-Ziels umstellen. Wir werden in
79 den Jahren bis 2020 einen großen Teil dieser Aufgabe angehen und legen bereits im
80 kommenden Doppelhaushalt 2013/14 konkrete Änderungsvorschläge vor. Dabei verfahren wir
81 nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern setzen auf gezielte, durchgerechnete und inhaltlich
82 gut begründete Zukunftsinvestitionen.

83 **I. Jetzt in die Zukunft investieren – für einen starken Bildungshaushalt 2013/14**

84 1. Kita-Platz-Ausbau finanzieren und U3-Rechtsanspruch gewährleisten

85 Zum 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch zur Betreuung Unter-Dreijähriger in Kraft. Der
86 Freistaat lässt die Kommunen bei der Gewährleistung dieses Ziels weitgehend allein. Wir fordern,

87 dass der Freistaat die vom Bund für den Ausbau und den Betrieb von Kindertagesstätten zur
88 Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 16 Mio. Euro/Jahr zusätzlich zu den Landesmitteln
89 direkt an die Kommunen weiterleitet und entsprechend im Doppelhaushalt 2013/14 bereitstellt.

90 2. Einstieg in die Verbesserung des KiTa-Personalschlüssels

91 Auch im kommenden Doppelhaushalt will die Staatsregierung der jahrelangen Forderung nach
92 einem besseren Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen nicht nachkommen. Wir fordern
93 den Einstieg in eine Verbesserung des Personalschlüssels im Kindergarten von 1:13 auf 1:12 und
94 in der Krippe von 1:6 auf 1:5 und wollen die dafür notwendigen Mittel in Höhe von jährlich 88,5
95 Millionen Euro (Kita 33 Mio. Euro und Krippe 55,5 Mio. Euro) zur Verfügung stellen.

96 3. Vorfahrt für Chancengleichheit – Herkunftsabhängigkeit mindern

97 Ein zentrales Problem in der sächsischen Bildung ist die erhebliche Herkunftsabhängigkeit von
98 Bildungschancen. Wir wollen mit einem Bündel von Maßnahmen eine frühe und wirksame
99 Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern erreichen. Dazu wollen wir Kinder- und
100 Familienzentren finanzieren, die eng in ihrem lokalen Umfeld verankert sind und Eltern intensiv in
101 ihre Arbeit einbeziehen. Durch einen eigenen Gesetzentwurf wollen wir die
102 Betreuungsbedingungen in Kindertagesstätten in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf
103 verbessern und die Vor- und Nachbereitungszeit erhöhen. Dafür wollen wir im nächsten
104 Doppelhaushalt jeweils 2,5 Mio. Euro einstellen. Wir streben einen bedarfsgerechten Ausbau von
105 Schulpsychologen und Sozialpädagogen an. Darüber hinaus wollen wir die verfassungsmäßig
106 gebotene Lernmittelfreiheit umsetzen und dabei auf geeignete Weise elektronische Lernmittel
107 finanzieren, um eine digitale Kluft zu vermeiden.

108 4. Lehrer-Schüler-Relation beibehalten

109 Wir wollen die Lehrer-Schüler-Relation insgesamt in Sachsen beibehalten. Dazu sind mehr
110 Neueinstellungen von Lehrern notwendig, als von der Staatsregierung geplant, da die
111 Schülerzahlen wieder steigen. Für die notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen (701 in 2013 und
112 684 in 2014) wollen wir insgesamt 65,5 Mio. Euro im nächsten Doppelhaushalt zur Verfügung
113 stellen.

114 5. Faire und gerechte Vergütung von Lehrerinnen und Lehrern

115 Lehrerinnen und Lehrer werden in Sachsen unterschiedlich entlohnt, weil sie an unterschiedlichen
116 Schularten unterrichten. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern führt unter anderem dazu, dass ein
117 Großteil der Lehramtsstudierenden das Gymnasium, aber viel zu wenige die schlechter vergüteten
118 Schularten Grundschule und Mittelschule anstreben. Wir fordern eine gleiche Bezahlung aller
119 Lehrerinnen und Lehrer und wollen den Generationswechsel für die schrittweise Einführung einer
120 fairen und gerechten Vergütung nutzen und Sachsen damit auch bundesweit attraktiv für den

121 Lehrernachwuchs machen. Die Anhebung der geringer vergüteten Lehrerinnen und Lehrer
122 anderer Schularten auf das Gymnasiallehreniveau erfordert Mehrausgaben in Höhe von 42,7
123 Mio. Euro in 2013 und 40 Mio. Euro in 2014.

124 6. Schulhausbau in den großen Städten forcieren – klimafreundlich und barrierefrei
125 Während in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein Großteil der Schulen im ländlichen Raum
126 saniert werden konnte, schieben die großen Städte einen enormen Sanierungsstau vor sich her
127 und brauchen zudem in den nächsten Jahren zusätzliche Raumkapazitäten aufgrund steigender
128 Schülerzahlen. Wir fordern ein umfassendes Schulhausbauprogramm für die drei sächsischen
129 Großstädte. Dazu ist es notwendig, die jetzige Mittelbereitstellung im Haushalt in Höhe von 80
130 Mio. Euro für 2013/14 zu verstetigen und zu pauschalieren. Die drei großen Städte brauchen
131 verlässliche Unterstützung durch das Land und mehr Flexibilität beim Mitteleinsatz, um ihre
132 ambitionierten Schulhausbauprogramme umsetzen zu können. Die Mittel sollen grundsätzlich für
133 energetische Sanierungen, energieeffiziente Neubauten und die Schaffung von barrierefreien
134 Schulen eingesetzt werden.

135 7. Schulische Inklusion finanzieren

136 Die Pläne der Staatsregierung zur Einführung des gemeinsamen Lernens von SchülerInnen mit und
137 ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen von Modellprojekten sind nicht
138 ausreichend. Wir werden die schrittweise Umsetzung schulischer Inklusion in ganz Sachsen
139 entschlossen angehen. Dazu braucht es sowohl strukturelle, personelle und bauliche
140 Voraussetzungen, die wir schaffen werden. Die notwendigen Mehraufwendungen in der
141 Übergangsphase zu einem inklusiven Schulsystem für barrierefreie Schulen sowie die
142 Weiterbildung und Einstellung von sonderpädagogisch qualifizierten Lehrkräften und
143 entsprechenden Koordinierungsstellen wollen wir bereitstellen. Es bedarf darüber hinaus
144 ausreichend qualifizierter Fachkräfte in den Schulen, die die Lehrer dauerhaft und kompetent
145 unterstützen. Deshalb wollen wir die im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung
146 der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen auf 1 Mio. verdoppeln.

147 8. Stellenabbau an den Hochschulen stoppen - Studienplatzfinanzierung anheben

148 Obwohl die Studierendenzahlen mit über 110.000 Studierenden anhaltend hoch sind, will die
149 Staatsregierung bereits in 2013 und 2014 insgesamt fast 140 Stellen an den Hochschulen
150 streichen. Dabei liegt die Finanzierung der sächsischen Hochschulen schon jetzt mit 6.800
151 Euro/Studierenden am unteren Ende der Bundesländer. Wir wollen den Stellenabbau stoppen und
152 die Finanzierung der Hochschulen insgesamt auf den Bundesdurchschnitt von 7.300
153 Euro/Studierenden anheben. Mit Mehraufwendungen in Höhe von 25 Mio. Euro (2013) bzw. 53
154 Mio. Euro (2014) wollen wir den Hochschulen endlich genügend Luft zum Atmen geben. Die
155 Hochschulpaktmittel, die Sachsen für die Beibehaltung der Studierendenzahlen erhält, wollen wir

156 vollständig an die Hochschulen weiterleiten. Damit werden die Voraussetzungen für eine qualitativ
157 gute Lehre und eine Senkung der Studienabbrüche geschaffen.

158 9. Lebenslanges Lernen ermöglichen - Kürzungen in der Weiterbildung stoppen

159 Trotz der geringen Weiterbildungsquote und einer der niedrigsten Pro-Kopf-Finanzierungen der
160 Volkshochschulen im Ländervergleich spart die Staatsregierung weiter an der Erwachsenenbildung.
161 Wir wollen die geplanten Kürzungen für die Weiterbildungseinrichtungen in öffentlicher und freier
162 Trägerschaft von 6 auf 5 Mio. Euro/Jahr stoppen. Damit versetzen wir die Volkshochschulen und
163 anderen Weiterbildungseinrichtungen in die Lage, ihr Angebot beizubehalten und die
164 Teilnahmegebühren zu stabilisieren. Damit vermeiden wir insbesondere eine soziale Spaltung in
165 der Wahrnehmung von Weiterbildungsangeboten.

166 II. Perspektive 2020 - Bildung nachhaltig finanzieren

167 1. KiTa-Betreuungsschlüssel schrittweise auf europäischen Standard bringen

168 In den frühen Jahren werden die Weichen für einen erfolgreichen Bildungsweg gestellt.
169 Individuelle und qualitativ hochwertige Bildung in der KiTa steht und fällt mit einer Verbesserung
170 des Betreuungsschlüssels. Deshalb wollen wir die Mittel bereitstellen, um bis 2020 schrittweise den
171 Betreuungsschlüssel in der Krippe auf 1:4 und im Kindergarten auf 1:10 in Anlehnung an die
172 Forderung der LIGA der Wohlfahrtsverbände sowie der vom Netzwerk Kinderbetreuung der EU-
173 Kommission geforderten Standards zu verbessern. Zusätzlich zu den geforderten Verbesserungen
174 im Rahmen des Doppelhaushalts 2013/14 werden wir bis 2020 schrittweise jährlich 84 Mio. Euro
175 (Kindergarten) und 82 Mio. (Krippe) für mehr individuelle Förderung bereitstellen.

176 2. Lehrerberuf attraktiv gestalten - Generationswechsel aktiv gestalten

177 Die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter und motivierter Lehrkräfte stellt eine
178 zentrale Herausforderung bis 2020 und darüber hinaus dar. Zudem müssen erfahrene Lehrkräfte
179 möglichst lange an den Schulen gehalten werden. Wir werden den anstehenden
180 Generationswechsel nutzen, um eine schulartunabhängige Vergütung in Höhe der derzeitigen
181 Vergütung von Gymnasiallehrern (E13) für alle Lehrkräfte zu realisieren. Damit stärken wir
182 insbesondere die Attraktivität des Lehrberufs für Grundschule und Mittelschule. Um dringend
183 benötigte erfahrene Lehrkräfte zu halten, werden wir Altersabminderungsstunden in der
184 Personalplanung berücksichtigen und attraktive Altersteilzeitmodelle bieten, mit der eine vorzeitige
185 Verrentung mit Abzügen vermieden wird.

186 3. Echte Ganztagschulen entwickeln

187 In Sachsen ist der Anteil von Ganztagsangeboten in den Schulen verglichen mit anderen
188 Bundesländern zwar hoch, oftmals findet auf qualitativer Ebene aber nur ein an den
189 Schulvormittag gekoppeltes AG-Programm statt. Vielerorts ist es noch ein weiter Weg bis zu
190 einem von vielfältigen Angebotsformen und dem Wechsel von An- und Entspannung geprägten
191 Schultag, der individuell angepasste Bildungsangebote als einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit
192 bereithält. Anstelle der bisherigen zusätzlichen GTA-Förderung streben wir eine die Bedarfe des
193 "ganzen Tag" einbeziehende personelle Ausstattung der Schulen an. Kongruent dazu gehört das
194 ganztägige Angebot als ein Qualitätsbereich einer modernen Schule zur regulären
195 Schulevaluation.

196 In einem ersten Schritt werden wir für die integrierte Ganztagschulentwicklung jährlich 30 Mio.
197 Euro - und so das Ausgangsniveau der sächsischen GTA-Förderung - bereitstellen. Angebunden
198 an inhaltliche Ziele werden diese Mittel als Budget für 3 Jahre an die Schulen weitergegeben. Im
199 Grundschulbereich betrachten wir das oft wenig verwobene Nebeneinander von Hort und
200 Grundschule als wenig geeignete Struktur, um das aufgrund der eingesetzten Fachkräfte und der
201 hohen Anerkennung/Nutzungsquote vorliegende Potenzial auszuschöpfen. Wir werden daher die
202 Weiterentwicklung des ganztägigen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebots in der
203 Primarstufe mit einem dreijährigen Modellversuch im Umfang von 1,5 bis 3 Mio. Euro anstoßen
204 und sich daraus ergebende auch strukturelle Veränderungen bis 2020 in ganz Sachsen umsetzen.

205 4. Investitionsstau bei Kitas, Schulen und Hochschulen auflösen

206 Der Investitionsstau an sächsischen Schulen beläuft sich nach Angaben der Kommunen auf fast 2
207 Mrd. Euro. Hinzu kommen knapp 500 Mio. Euro ausstehende Investitionen an den Hochschulen
208 und je nach Entwicklung von Geburtenzahlen und Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen
209 mehrere hundert Mio. Euro notwendige Investitionen in Kindertageseinrichtungen. Dies führt
210 nicht nur zu Kapazitätsengpässen in den Einrichtungen und einer unbefriedigenden
211 Lernatmosphäre, sondern auch zu einer schlechten Energie- und Klimabilanz. Wir werden mit
212 einem bis 2020 angelegten Investitionsprogramm von 1 Mrd. Euro den Investitionsstau um bis zu
213 zwei Drittel auflösen und damit zugleich für barrierefreie und energieeffiziente
214 Bildungseinrichtungen in Sachsen sorgen. Mit der Verstetigung von jeweils jährlich 80 Mio. Euro
215 Investitionen in Schulhausbauten und 30 Mio. Euro Kitainvestitionen werden wir den Kommunen
216 ausreichend Planungssicherheit geben. Auch im Hochschulbau und bei den Studentenwerken
217 werden wir mit jährlich 50 Mio. Euro zwei Drittel der ausstehenden Investitionen bis 2020
218 erledigen.

219 5. Planungssicherheit statt Stellenabbau - Unterfinanzierung der Universitäten beenden

220 Die Staatsregierung plant abhängig von den Studierendenzahlen einen Abbau von bis zu 1.042

221 Stellen an den Hochschulen bis 2020. Angesichts der anhaltend hohen Studierendenzahlen
222 werden wir den Erhalt des Gesamtumfangs der Stellen an sächsischen Hochschulen garantieren.
223 Damit geben wir Planungssicherheit, ermöglichen aber zugleich Profilierungen und
224 Veränderungen zwischen den Hochschulen.

225 Die im Vergleich der Bundesländer überdurchschnittliche Studienplatzfinanzierung der
226 Fachhochschulen spiegelt die Stärke der anwendungsorientierten Hochschulen wider.
227 Währenddessen leiden die sächsischen Universitäten an einer chronischen Unterfinanzierung.
228 Damit die sächsischen Universitäten auch in der Breite zumindest auf nationalem Niveau
229 konkurrenzfähig werden, werden wir bis 2020 die Aufwendungen des Freistaates für die
230 Universitäten je Studierenden auf den Bundesdurchschnitt von 8.540 Euro/Jahr anheben. Dafür
231 sind zusätzliche Mehraufwendungen in Höhe von 97 Mio. Euro notwendig.

232 6. Lebenslanges Lernen im demographischen Wandel stärken

233 Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden sächsischen Bevölkerung wird die Bedeutung
234 der Weiterbildung deutlich zunehmen. Wir werden die Pro-Kopf-Ausgaben des Freistaates für die
235 Volkshochschulen von jetzt 0,96 Euro bis 2020 auf die Pro-Kopf-Ausgaben von 1,70 Euro im
236 Durchschnitt der Bundesländer anheben, wenn die Kommunen diese Steigerung im gleichen
237 Umfang mitvollziehen. Durch diese schrittweise Anhebung der Landesausgaben für diesen Bereich
238 um 4 Mio. Euro ermöglichen wir es den Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der
239 Erwachsenenbildung, die Weiterbildungsquote deutlich zu steigern.

240 **III. Bildungsausgaben seriös gegenfinanzieren**

241 Die sächsischen GRÜNEN sind sich bewusst, dass die angestrebte bessere Finanzierung von
242 Bildung angesichts sinkender öffentlicher Haushalte eine große Herausforderung ist. Zusätzliche
243 Investitionen in Bildung immer durch fachlich fundierte Konzepte untersetzt sein. BÜNDNIS
244 90/DIE GRÜNEN haben in den letzten Jahren im gesamten Bildungsbereich konzeptionelle
245 Grundlagen gelegt, die mit entsprechenden finanziellen Aufwendungen unterlegt sind. Die im
246 Rahmen unserer grünen Bildungskonzeption notwendigen Mehraufwendungen für Bildung in
247 Höhe von über 500 Mio. Euro/Jahr wollen wir interne Umschichtungen im Bildungsbereich, durch
248 klare Prioritätensetzungen im Gesamthaushalt und eine Verbesserung der Einnahmehasis
249 vollständig gegenfinanzieren. Klar ist: die einzelnen Finanzierungsschritte sind abhängig von
250 konjunkturellen Entwicklungen und Entscheidungen auf Bundesebene. Bessere Bildung auf Pump
251 kommt für uns nicht infrage. Die Spielräume dafür sind vorhanden.

252 Um die erhebliche Bildungsinvestitionslu•cke zu schließen, bedarf es einer klaren
253 Prioritätensetzung und eines gesamtstaatlichen Kraftakts. Dabei werden wir auf Neuverschuldung
254 verzichten und die benötigten zusätzlichen Mittel durch Effizienzverbesserungen, Umschichtungen
255 und zusätzliche Einnahmen gewinnen. Höhere Bildungsinvestitionen lassen sich nur stufenweise in

256 einer langfristigen Perspektive und unter Beteiligung des Bundes realisieren.

257 1. Klare Prioritäten im Bildungshaushalt

258 Seriöse Bildungsfinanzierung beginnt mit einer klaren Prioritätensetzung im Bildungshaushalt
259 selbst und der Reduzierung und Vermeidung unnötiger Ausgaben. Deshalb räumen wir im Bereich
260 der frühkindlichen Bildung einer besseren Personalausstattung einen klaren Vorrang vor der
261 Gebührenfreiheit von Kindertageseinrichtungen ein. Auch bei der Bildungsverwaltung sehen wir
262 erhebliche Einsparpotentiale. Die Finanzierung von Kernenergie- sowie Kohleforschung an
263 sächsischen Hochschulen wollen wir zurückführen.

264 Viele Verbesserungen im Bildungssystem wie die Einführung einer hochschulischen
265 ErzieherInnenbildung sind im wesentlichen kostenneutral und erfordern in erster Linie
266 organisatorische Veränderungen. Viele europäische Länder zeigen, dass auch ein inklusives
267 Bildungssystem zwar höhere Übergangskosten erfordert, langfristig jedoch kostenneutral zu
268 realisieren ist.

269 2. Investitionen in Köpfe statt in Beton

270 Über 20 Jahre nach der Wende ist der Nachholbedarf in der Infrastruktur weitgehend erfüllt und
271 können Investitionen zielgerichtet für den Substanzerhalt und energetische Verbesserungen
272 genutzt werden. Mit einem Umfang von jährlich 160 Mio. Euro werden wir die Investitionen in
273 Kitabauten, Schulhausbau und Hochschulbau zu einem Schwerpunkt innerhalb des
274 Investitionshaushaltes machen. Der Rückgang des Soli II kann für uns kein Argument für
275 Bildungskürzungen sein, sondern muss zu einer verantwortlichen Senkung der derzeit bundesweit
276 an der Spitze liegenden Investitionsquote auf den Durchschnitt der Länder führen. Wir wollen
277 ernst machen mit einem zukunftsfähigen Investitionsbegriff, der nicht nur einmalige Ausgaben für
278 Straßen und Gebäude, sondern auch Ausgaben im Bildungsbereich als Investitionen im Sinne des
279 Konzepts wachstums- und nachhaltigkeitswirksamer Ausgaben begreift. Eine verantwortliche
280 Absenkung der von der Staatsregierung geplanten Investitionsquote im Sinne klassischer
281 Investitionen in Sachkapital kann zu einem Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich
282 führen.

283 3. Umschichtung des Stellenumfang zu Gunsten von Bildung

284 Eine geringere Rückführung des derzeitigen Stellenvolumens als zu den von der Staatsregierung
285 geplanten 70.000 Stellen kann zu einem Personalanteil führen, der vergleichbaren westlichen
286 Bundesländern entspricht. Dadurch wird es möglich, den Stellenumfang in der Verwaltung und
287 vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Personalbereichen verantwortlich zu reduzieren und
288 gezielt Umschichtungen zu Gunsten des Bildungsbereichs zu ermöglichen.

289 4. Zusätzliche Einnahmepotentiale erschließen

290 Angesichts der vom Landesrechnungshof monierten Steuerausfälle durch ungenügende
291 Eintreibung ausstehender Steuern in Höhe von 200 Mio. Euro/Jahr ist es realistisch, auch hier
292 erhebliche Potentiale für zusätzliche Bildungsausgaben zu generieren. Darüber hinaus muss
293 geprüft werden, inwiefern zusätzliche Einnahmepotentiale wie die Anhebung der
294 Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5% vergleichbar wie durch die grün-rote Landesregierung in
295 Baden-Württemberg für gezielte Investitionen in frühkindliche Bildung genutzt werden kann.
296 Auch die moderate Senkung von Bezügen künftig zu pensionierender höherer Beamter muss im
297 Sinne der Versorgungsgerechtigkeit zwischen Renten- und Pensionsbeziehenden geprüft werden.
298 Über die notwendigen Prioritäten auf Landesebene hinaus ist für uns klar, dass eine ausreichende
299 Bildungsfinanzierung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene
300 für deutliche Einnahmeverbesserungen z.B. durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der
301 Erbschaftssteuer sowie durch Subventionsabbau ein, die auch den Länderhaushalten zugute
302 kommen.

303 5. Hochschullastenausgleich einführen

304 Die erfreulich hohe Zahl von Studierenden an sächsischen Hochschulen muss sich auch in einer
305 Solidarität von Bund und Ländern widerspiegeln. Die schrittweise Einführung eines
306 Hochschullastenausgleich kann zu zusätzlichen Einnahmen von bis zu 50 Mio. Euro führen. Eine
307 Anpassung der Kostensätze des Hochschulpakts (derzeit 26.000 Euro unabhängig von den
308 Fächerkosten) ist dabei ein wesentlicher Beitrag zur Gegenfinanzierung. Da Sachsen als
309 Hochschulstandort bundesweit und international stetig an Attraktivität gewinnt, müssen neue
310 Formen der Kapazitätenfinanzierung gefunden werden. Wir werden die Einrichtung eines
311 Hochschullastenausgleichs zwischen den Bundesländern nach dem Prinzip "Geld folgt
312 Studierenden" vorantreiben. Dadurch werden die finanziellen Belastungen gerecht verteilt und
313 trotz sinkendem Landeshaushalt die Kapazitäten nach dem Auslaufen des Hochschulpaktes
314 gesichert.

315 **Begründung:**

316 Die Finanzierung unserer bildungspolitischen Ziele stellt sowohl in der aktuellen Debatte zum
317 Doppelhaushalt 2013/14 als auch in der mittel- und langfristigen Finanzplanung eine erhebliche
318 Herausforderung dar. Mit diesem Antrag wollen wir die wichtigsten Finanzierungsbedarfe deutlich
319 machen. Aufgrund von Bevölkerungsrückgang, auslaufender Solidarpaktmittel und sinkender EU-
320 Förderung sind strategische Prioritätensetzung im Haushalt immer wichtiger. Gezielte
321 Zukunftsinvestitionen in Bildung sind ein entscheidender Bestandteil einer Haushaltsstrategie, die
322 wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben einen Vorrang einräumt.